

BESCHLUSSPROTOKOLL

| | | |
|--------------------------------|-------------------|-------------------------|
| Gremium | Sitzung am | Seiten insgesamt |
| Bau- und Entwicklungsausschuss | 24.10.2019 | |

| | |
|----------------------|--|
| Sitzungsort | im Ratssaal 1.22 des Rathauses, Mannheimer Str. 24 |
| Sitzungsdauer | 14:30 - 21:52 Uhr |

Öffentliche und nicht öffentliche Sitzung

Das Ergebnis der Beratung ergibt sich aus den Anlagen, die Bestandteil des Protokolls sind.

Vorsitzende/r

Schriftführer/in

Sitzungsteilnehmer siehe beiliegendes Teilnehmerverzeichnis.

Die Tagesordnung ist dieser Niederschrift als Anlage beigefügt.

Der Vorsitzende eröffnet die Sitzung und stellt fest, dass zu dieser ordnungsgemäß, unter schriftlicher Mitteilung der Tagesordnung, eingeladen wurde.

Beschlussfähigkeit im Sinne des § 39 Gemeindeordnung (GemO) liegt vor.

Gegen die vorliegende Tagesordnung werden keine Bedenken erhoben.

Das Gremium beschließt die Änderung/Ergänzung der Tagesordnung in der neuen Fassung:

Tagesordnung:

Öffentliche Sitzung:

- 1 Kaiserslauterer Straße
hier: Stellungnahme des Ingenieurbüros R + T Verkehrsplanung GmbH
- 2 Haushalt 2020
hier: Vorschlag Fachbereich Bauen
- 3 Brunnenhalle
hier: aktualisierter Entwurf
- 4 Bebauungsplan Fronhof II, Änderungsplan I, Teilbereich Magnolienring
hier: Abwägungs- und Satzungsbeschluss nach §§ 3, 4 und 10 BauGB
- 5 Bekanntmachung der Beschlüsse des Bau- und Entwicklungsausschusses aus der Sitzung vom 26.09.2019
- 6 Informationen
- 7 Anfragen

Anwesenheitsliste

Bau- und Entwicklungsausschuss

vom 24.10.2019

Bürgermeister:

Glogger, Christoph

Beigeordnete:

Brust, Karl

Lang, Kurt

CDU:

Hanke, Alexander

Hoffmann, Gisela

Kalbfuß, Thomas

Michler, Christine

Riedle, Stefan

Wolf, Markus

Vertreter für AM Jochum, Rolf

SPD:

Kilian, Frank

Lang, Ralf

Stepp, Ina

Walther, Dieter

FWG:

Freunscht, Jürgen

Günther, Axel G.

Schmitt, Jochen

FDP:

Brodhag, Peter

Dick-Walther, Petra

ab 14.41 Uhr

Bündnis 90/GRÜNE:

Bäumli, Horst

Mühlbeier, Ralph

Zobel, Reinhart, Dr.

Verwaltungsmitarbeiter:

Dech, Annette

Kaiser, Andrea

Müller, Petra

Palzer, Sascha

Petry, Dieter

Schneider-Joseph, Chr.

Sokolowski-Kühn, Maik

Ullrich, Yasmin

Wietschorke, Steffen

Wurm, Petra

TOP 2, TOP 4-15

TOP 1 und 3

14.30 Uhr bis 16.10 Uhr (TOP 1)

TOP 2

14.30 Uhr bis 20.00 Uhr (TOP 1-3)

14.30 Uhr bis 16.10 Uhr (TOP 1)

ÖFFENTLICHE SITZUNG

Tagesordnungspunkt 1:

Kaiserslauterer Straße

hier: Stellungnahme des Ingenieurbüros R + T Verkehrsplanung GmbH

Vorlage: 20190233/2.3

Sachdarstellung:

Herr Könighaus vom Büro R+T erläutert anhand der beigefügten Präsentation die möglichen Alternativen.

AM Wolf regt an, die Kaiserslauterer Straße zwischen Friedhofstraße und Kreisverkehrsplatz Zumstein im Gegenverkehr zu belassen, um die Fahrtzeiten vom Friedhof in die Stadtteile Grethen-Hausen und Hardenburg nicht übermäßig zu verlängern.

AM Ralf Lang fragt nach einer Möglichkeit, durch bauliche Maßnahmen die Schlachthausstraße zur B 37 hin zu öffnen, um dadurch Wegezeiten verkürzen zu können. Die Verwaltung teilt mit, dass auf Grund des Höhenunterschieds eine Mauer direkt vor den Häusern der Anlieger erforderlich wäre.

AM Dick-Walter ist überrascht, dass die aufgezeigten Alternativen nicht im Vorfeld der Sitzung den Ausschussmitgliedern zugesandt worden sind. Sie fragt darüber hinaus nach, warum gegen das Urteil des Gerichts in Neustadt nicht vorgegangen wurde, da alle umliegenden Straßen durch die Umsetzung des Urteils stärker belastet werden. Da die Belastung und der Ausbaustandard der Kaiserslauterer Straße typisch für Bad Dürkheim ist, stellt sich die Frage nach den zu erwartenden Folgen für die anderen gleichgelagerten Straßenverhältnisse in Bad Dürkheim. Die Verlängerung der Fahrwege auf Grund der geplanten Einbahnstraßenregelung ist kontraproduktiv zum beschlossenen Klimaschutzkonzept.

Der Bürgermeister informiert über den Kontakt zu den kommunalen Spitzenverbänden bezüglich einer Berufung gegen das Urteil des Neustadter Gerichts. Da die klare Haltung dort war, dass sich das Urteil ausschließlich auf die Kaiserslauterer Straße bezieht und die Straßenverkehrsordnung einzuhalten ist, d.h. es muss gewährleistet sein, dass der Gehweg nicht regelmäßig durch die Autofahrer überfahren wird.

Bezüglich der Frage, wie Straßen zukünftig ausgebaut werden können bzw. sollen, stellt er klar, dass dort, wo kein Gehweg vorhanden ist, auch kein schutzwürdiger Raum/Bereich für Fußgänger vorhanden ist. Nur dort wo ein Gehweg hergestellt wird, ist dafür Sorge zu tragen, dass dieser auch geschützt wird.

Es besteht keine Pflicht zur Ausweisung der Kaiserslauterer Straße als Einbahnstraße, jedoch sind alle Möglichkeiten zu prüfen. Auch die favorisierte Alternative 5 hat durchaus einige Nachteile. Es ist abzuwägen, ob diese akzeptabel sind.

AM Günther bezeichnet das Urteil als zeitgemäße Entwicklung zum Schutz der schwächsten Verkehrsteilnehmer, aber eine Herausforderung für die Verkehrsplanung. Im Gegenzug muss die Frage gestellt werden, ob alle Wege mit dem Auto zurückgelegt werden müssen oder nicht auch hier Alternativen möglich sind.

AM Dick-Walter betont, dass durch das Urteil der gute Vorsatz zur Verbesserung der Situation für die Fußgänger stark eingegrenzt wird. Sie wiederholt, dass sie es bedauert, dass gegen das Urteil nicht vorgegangen worden ist.

AM Michler gibt zu bedenken, dass bei den veränderten Verkehrsströmen durch die Einbahnstraßenregelung in der Kaiserslauterer Straße die fußläufigen Verbindungen zwischen Kindergarten (Gerberstraße) und Grundschule, Turnhalle und Kulturzentrum keine Berücksichtigung gefunden haben.

Die Verwaltung informiert, dass das Büro PTV zu einem ähnlichen Ergebnis wie das Büro R + T kommt.

Der Bürgermeister erläutert, dass die Stadt nicht gezwungen ist unsinnige Maßnahmen zu ergreifen. Es stellt sich insofern nur die Frage, ob sinnvolle Maßnahmen getroffen werden können. Da nun von unabhängiger Seite durch das Büro R + T eine verträgliche Lösung vorgelegt wurde, hat die Stadt keine Möglichkeit die vorgeschlagene Maßnahme nicht umzusetzen. Die Nachteile, die durch die Umsetzung der vorgeschlagenen Maßnahmen entstehen, sind nicht gravierend genug, um die Umsetzung zu verweigern. Auf Grund des Vorgenannten ist es auch möglich, die Ausführungen nur zur Kenntnis zu nehmen und die erforderlichen Maßnahmen ohne Beschluss des Bau- und Entwicklungsausschusses durch die Verwaltung umsetzen zu lassen.

Beschluss:

Der Bau- und Entwicklungsausschuss nimmt den Vortrag und den Vorschlag zur Kenntnis. Die Verwaltung wird beauftragt, die weiteren offenen Fragen aus dem Mobilitätskonzept (Gaustraße und Schillerstraße) weiter zu untersuchen und zur Entscheidung vorzulegen.

Abstimmungsergebnis: Zugestimmt mit Stimmenmehrheit
Ja: 14 , Nein: 0 , Enthaltung: 5 , Befangen: 0

Tagesordnungspunkt 2:

Haushalt 2020
hier: Vorschlag Fachbereich Bauen
Vorlage: 20190234/2.4

Sachdarstellung:

Bürgermeister Glogger führt in die Thematik ein.
Die Verwaltung informiert, dass beim Kostenträger 114100 auf Grund eines technischen Defekts die Zwischensummen in der Papiervorlage rechnerisch nicht stimmen.

Die Verwaltung erläutert anhand der beigefügten Präsentation das weitere Vorgehen zur Schaffung und Verbesserung der städtischen Wohnungen und des bezahlbaren Wohnraums.

Kostenträger 114100, Kostenstelle 525312:
Erhöhung des Ansatzes für 2020 für Installation Klima-/Lüftungsanlage um 50.000€.

Kostenträger 511500, Kostenstelle 521010:
Erhöhung des Ansatzes für Förderungen aus dem Stadtbildpflegefonds um 10.000€ auf 50.000€ zur Erweiterung des Förderumfangs.

Kostenträger 546100, Investitionsnummer 54610001:
Der Ansatz wird um 20.000€ auf 10.000€ reduziert, da die Anschaffung von weiteren Spielgeräten an diesem Standort nicht als notwendig angesehen wird.

Auftretende Fragen zum Haushaltsentwurf wurden beantwortet.

Der Umgang mit den Wünschen der Ortsbeiräte im Hinblick auf die Haushaltsberatungen soll geprüft und im nächsten Jahr angepasst werden.

Beschluss:

Dem vorgelegten Haushaltsentwurf 2020 für den Fachbereich 2 mit den in der Sachdarstellung erläuterten Änderungen wird zugestimmt.

Abstimmungsergebnis: Einstimmig
Ja: 10 , Nein: 0 , Enthaltung: 8 , Befangen: 0

Tagesordnungspunkt 3:

Brunnenhalle
hier: aktualisierter Entwurf
Vorlage: 20190237/2.2

Sachdarstellung:

Zu diesem Punkt sind die Herren Rittmansperger und Kuhn vom Büro Rittmansperger anwesend.
Sie erläutern den aktuellen Entwurf anhand der beigefügten Präsentation.
Es wird mit einer Bauzeit von rund 18 Monaten gerechnet.
Die Probleme mit der Nachbarschaft im Hinblick auf Kubatur, Betrieb der TI und der Gastronomie sowie die befürchteten Emissionen werden diskutiert; die Bemühungen der Stadt, diese zu minimieren, werden ebenfalls erläutert.

Beschluss:

Dem vorgestellten Planungsstand wird zugestimmt; nach Möglichkeit soll die Barrierefreiheit im ersten Obergeschoss gegeben sein.

Die Kostenschätzung wird zur Kenntnis genommen.

Den städtischen Gremien wird empfohlen, die benötigten Mittel in den Haushalt einzustellen.

Abstimmungsergebnis: Einstimmig mit Stimmenthaltung
Ja: 18 , Nein: 0 , Enthaltung: 1 , Befangen: 0

Tagesordnungspunkt 4:

Bebauungsplan Fronhof II, Änderungsplan I, Teilbereich Magnolienring
hier: Abwägungs- und Satzungsbeschluss nach §§ 3, 4 und 10 BauGB
Vorlage: 20190239/2.1

Beschlussvorschlag:

a) Die Stadt Bad Dürkheim beschließt über die während den Beteiligungsverfahren gemäß §§ 3 Abs. 2 und 4 Abs. 2 BauGB eingegangenen Stellungnahmen entsprechend der Sachdarstellung sowie dem Beschlussvorschlag in der Anlage.

b) Die Stadt Bad Dürkheim beschließt den vorliegenden Bebauungsplan, bestehend aus der Planzeichnung, den Textlichen Festsetzungen (Bauplanungsrechtliche Festsetzungen, Örtliche Bauvorschriften sowie Hinweisen) und der Begründung gemäß § 10 Abs. 1 BauGB sowie § 13 a BauGB in Verbindung mit § 88 LBauO als Satzung.

Abstimmungsergebnis: Einstimmig
Ja: 19 , Nein: 0 , Enthaltung: 0 , Befangen: 0

Tagesordnungspunkt 5:

Bekanntmachung der Beschlüsse des Bau- und Entwicklungsausschusses aus der Sitzung vom 26.09.2019
Vorlage: 20190240/2.4

Sachdarstellung:

Herr Petry verliest die Beschlüsse aus dem nichtöffentlichen Teil der Sitzung des Bau- und Entwicklungsausschusses vom 26.09.2019.

Abstimmungsergebnis: zur Kenntnis genommen

Tagesordnungspunkt 6:

Informationen

Die Verwaltung informiert, dass die Uhr beim Busbahnhof nicht mehr ordnungsgemäß funktioniert; Ersatzteile sind aufgrund des Alters der Anlage nicht mehr zu bekommen. Eine neue Uhr würde Kosten in Höhe von rd. 15.000 € verursachen.

Im Hinblick auf die hohen Kosten besteht Einigkeit, die Anlage ersatzlos zu entfernen.

Tagesordnungspunkt 7:

Anfragen

AM Michler erkundigt sich nach den Planungen für den Fußweg zur Michaeliskapelle.

Herr Wietschorke erläutert, daß die Stadt den Weg laufend unterhält. Planungen für einen Ausbau der Zuwegung gibt es aktuell nicht.

AM Bäuml regt an, bei der geplanten Einführung von Carsharing ein Benzinauto (im Hinblick auf Lastenbeförderung) anzuschaffen.
Dies wird bei der weiteren Planung seitens der Verwaltung Berücksichtigung finden.

